Wolfgang Hardtwig

Geschichtswissenschaft als Demokratietheorie. Gerhard A. Ritter zur Ehrenpromotion

Gerhard A. Ritter

Der Berliner Reichstag in der politischen Kultur der Kaiserzeit

Vorträge
anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde
an Gerhard A. Ritter

2. Juli 1999

Humboldt-Universität zu Berlin
Philosophische Fakultät I

Herausgeber:
Der Präsident der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Meyer

Copyright: Alle Rechte liegen beim Verfasser

Redaktion:
Gudrun Kramer
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstr. 33
10245 Berlin

Heft 102

Redaktionsschluß: 25. 11. 1999

Wolfgang Hardtwig

Geschichtswissenschaft als Demokratietheorie.

Gerhard A. Ritter zur Ehrenpromotion

Prognosen, gar richtige Prognosen, sind eigentlich die Sache des Historikers nicht, und er sollte daher das Vorhersagen eher lassen. Aber man steht durchaus auf der sicheren Seite und geht kein großes Risiko ein, wenn man prognostiziert, daß Gerhard A. Ritter in einer künftig zu schreibenden Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 eine zentrale Stelle einnehmen wird. Unsere Fakultät ehrt heute in Ritter nicht nur den Mann, der 1991/92 den inhaltlichen Zuschnitt und die personelle Besetzung der Institute für Geschichtswissenschaft und Ethnologie wesentlich konzipiert und organisiert hat, sondern einen Gelehrten, der auf fast allen Tätigkeitsfeldern, die heutzutage auf einen profilierten und energischen Universitätsgelehrten warten: in der Forschung, in der Lehre und Nachwuchsförderung, in der akademischen Selbstverwaltung und in der Wissenschaftsorganisation, Herausragendes geleistet hat.

Ehrungen allerdings ist Ritter gewohnt. Denn jede der Funktionen, die er zum Teil seit vielen Jahren wahrnimmt, setzen hohes Ansehen in der Wissenschaft und außergewöhnliches Vertrauen in die Leistungsfähigkeit des Gelehrten voraus, dem sie übertragen wurden. Ich nenne hier einige der wichtigsten, weil sie nun einmal in eine Laudatio gehören und auch, weil man bewundernd vor der Vielseitigkeit und Arbeitskraft des Gelehrten steht, der sie ausfüllt. Ritter ist seit 1971 Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München und seit 1980 Ordentliches Mitglied dieser Akademie. Er war von 1973 bis 1976 Mitglied von Senat und Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft und von 1976 bis 1980 Vorsitzender des Verbandes der Historiker Deutschland. Er ist Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Projekts „Geschichte der Großforschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland“. Von 1992 bis 1997 war er stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Instituts für Zeitgeschichte in München.

Seit 1963 ist er Mitglied der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien in Bonn und gibt für sie mehrere wichtige Editions- und Publikationsreihen heraus, wie etwa die „Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ und das grundlegende „Handbuch der Geschichte des Deutschen Parlamentarismus“, von dem bisher 6 Bände erschienen sind. Seit 1964 ist er Mitglied der International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions. Er gehört dem Kuratorium der Freunde und Förderer des Leo-Baeck-Instituts Frankfurt, dem Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Historischen Kommission zu Berlin an. So staunenswert dies alles ist, es würde doch hier nicht berichtet werden, wäre da nicht das wissenschaftliche Werk Ritters, aus dem sich alle diese Funktionen ergaben und erklären, und wüßte man nicht, wie wichtig die Teilnahme an der Wissenschaftsorganisation ist, geht es bei ihr doch auch immer um innerwissenschaftliche Richtungsentscheidungen und um die Verteilungsmacht an Lebenschancen und Ressourcen.

Entscheidend aber und die Grundlage alles anderen bleibt das wissenschaftliche Œuvre. Dieses ist bei Ritter wiederum von staunenswertem Umfang, es geht und eröffnet in vielen Aspekten neue Wege, und es zeigt ein klares, prägnantes Profil. Es läßt sich gerade in seiner Hinwendung zu neuen Fragestellungen und Methoden und in seiner klaren Umrissenheit nur verstehen aus einer spezifischen Generationenerfahrung. Es scheint mir angebracht, diese Generationenerfahrung wenigstens mit ein paar Sätzen zu erläutern und daran die wichtigsten Stationen des wissenschaftlichen Lebensweges von Gerhard Ritter anzuschließen, ehe ich auf das Werk selbst eingehe.

Gerhard A. Ritter ist 1929 in Berlin geboren und gehört damit zu jener – wie kürzlich zu Recht formuliert wurde – „mächtigen Nachkriegsgeneration“, die seit ein paar Jahren aus ihren Ämtern scheidet.[1] Zu ihr gehören gleichsam als Flügelfiguren in jeder Hinsicht der 1927 geborene Thomas Nipperdey und der 1931 geborene Hans-Ulrich Wehler, aber auch Hans und Wolfgang J. Mommsen, Helmut Berding, Christian Meier (Jahrgang 1929) und eine Reihe

weiterer wichtiger Historiker „Herbst der Patriarchen“ titelte die FAZ griffig und nicht ohne Ehrerbietung aus Anlaß einer solchen Verabschiedung – griffig, aber wie mir scheint nicht ganz zutreffend. Denn aus der Sicht der Älteren von uns, die diese Generation als wissenschaftliche Mentoren und Chefs erlebt haben, war gerade der nicht – ja antipatriarchalische Habitus dieser wissenschaftlichen Vätergeneration für sie charakteristisch. Gelegentlich ist gesagt worden, das wilhelminische Zeitalter sei eigentlich erst in der Studentenrevolution 1968 zu Ende gegangen. Das ist nicht ganz falsch, gerade was das inneruniversitäre Brauchtum, die Autoritätsgeneigtheit in der westdeutschen Universität bis dahin angeht. Diese Generation aber hatte den Talar schon vorher abgelegt und mit ihm den Muff der tausend Jahre verscheucht. Charakteristisch für den Stil ihres Umgangs mit Studenten und Mitarbeitern war nicht das bange Wartenmüssen in der Sprechstunde und das symbolische Ritual der feinen Unterschiede, sondern die Freude am Diskutieren und das vergleichsweise zwanglose Zusammensitzen nach dem Kolloquium. Es mag sein, daß sich dies aus den Augen der Jüngeren schon wieder anders darstellt – ich habe es so erlebt, gerade im Kontrast mit den in den späten 60er Jahren vielfach noch sehr präsenten Erscheinungsformen des traditionellen professoralen Stils. So ist es nicht nur rhetorisch gemeint, wenn ich mich frage, ob diese nicht großtheoretisch abgehandelte, aber gelebte Neuinterpretation der Institution Universität nicht so wichtig war wie die wissenschaftliche Innovation selbst.

Dieser Stilwandel ist zweifellos eine Folge der spezifischen Generationenerfahrung der um 1930 Geborenen. Kindheit und Jugend standen noch unter dem Vorzeichen der nationalsozialistischen Diktatur und des Zweiten Weltkriegs. An die Front selbst mußten diese Jugendlichen nicht mehr, wohl aber erfaßte sie noch die militärisch-politische Sozialisation in Jungvolk und HJ. Sie erlebten mit vollem Bewußtsein den totalen Zusammenbruch, die Nachkriegsnot und das Nachkriegschaos. Man fand sich keineswegs in einer Stunde Null, aber doch in einer Situation, die den Studienanfängern der späten 40er und frühen 50er Jahre die Möglichkeit und Notwendigkeit einer grundsätzlichen politisch-gesellschaftlichen und intellektuellen Neuorientierung nahelegte. Gerhard A. Ritter

studierte seit 1947 Geschichte, Philosophie, Germanistik und später auch Kommunikationswissenschaft und Politische Wissenschaft zunächst in Tübingen, dann an der FU, wo er 1952 auch promovierte. Ganz wesentlich für die Neuorientierung war die Hinwendung dieser Generation zum Westen und das Studium im westlichen Ausland, vor allem in England oder den USA. Ritter war von 1952 bis 1954 als graduate student am St. Anthony's College in Oxford, wo er dann auch 1959 mit einer Arbeit über die Labour Party 1917–1925 den Bachelor of Letters erwarb. Aus diesem England-Aufenthalt erwuchs eine intensive akademische Beziehung zur angelsächsischen Welt, sowohl in der wissenschaftlichen Fragestellung und der Themenwahl als auch in späteren Gastprofessuren in St. Louis (USA), in Oxford und in Berkeley – wozu dann auch noch Tel Aviv kam – und in der Etablierung von Austauschbeziehungen für jüngere Wissenschaftler. Für seine Verdienste um die Kontaktpflege wie für seine wissenschaftliche Leistung verlieh das St. Anthony's College in Oxford Ritter dann auch die Würde des „Honorary Fellow“. Gezielt suchte Ritter den Kontakt zu bedeutenden emigrierten jüdischen Gelehrten, die zur dauerhaften oder zeitweisen Rückkehr nach Deutschland bereit waren, vor allem zu Ernst Fraenkel und zu Hans Rosenberg, den man als eine Art Mentor bei der Hinwendung dieser Generation zur Sozialgeschichte bezeichnen kann. Ritter hat dann auch für beide Gelehrte die jeweilige Festschrift herausgegeben.

Die traditionelle deutsche Interpretation der Studienzeit als Moratorium bevor es ernst wird mit dem Leben hat sich diese Generation nicht gönnen können. Von 1952 bis 1961 arbeitete Ritter als Assistent am Friedrich-Meinecke-Institut, wo er sich auch 1961 mit der schon genannten Studie über die britische Arbeiterbewegung in den Fächern Neuere Geschichte und Politische Wissenschaften habilitierte. Bereits 1962, mit knapp 33 Jahren, war er Ordentlicher Professor für Politische Wissenschaften an der FU. 1964 wechselte er auf einen Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Münster und dann 1974 auf einen Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Mehrere weitere Rufe, u.a. auf die Stelle eines Direktors des Deutschen Historischen Instituts in London, lehnte er ab, trug allerdings

als Mitglied des Beirats des Instituts lange Jahre zu dessen Arbeit bei. 1994 wurde er emeritiert – und hat auch seither in den wenigen Jahren seines Retirements Publikationen von staunenswertem Umfang und Gewicht vorgelegt. Damit bin ich beim wissenschaftlichen Œuvre von Gerhard Ritter angelangt.

Ritter begann seine wissenschaftliche Laufbahn mit einer von Hans Herzfeld betreuten Dissertation über die deutsche Arbeiterbewegung im Jahrzehnt nach dem Sturz Bismarcks, einer Phase der Neuformierung und teilweise auch Neuorientierung der Sozialdemokratie nach dem Ende der Unterdrückung durch die Sozialistengesetze und im Gefolge der großen Streikbewegung der Jahre 1889/90. Dieses Buch, das 1959 in erster, 1963 in zweiter, erweiterter Auflage erschien,[2] bedeutete eine wichtige Weichenstellung sowohl für das wissenschaftliche Lebenswerk Ritters wie für die deutsche Geschichtswissenschaft.[3] Es war von den Forschungstraditionen her wie auch im Blick auf die Karrierechancen keineswegs selbstverständlich, wenn sich ein junger Historiker in den frühen 50er Jahren der Geschichte der Arbeiterbewegung zuwandte. Zukunftsweisend war, wie Ritter hier erstmals die Dimensionen und Strukturen des sozialdemokratischen Milieus im Ganzen sondierte. Ritter gab in dieser Arbeit auch andere wesentliche Themenaspekte vor, die die Forschung zur Geschichte der Arbeiterbewegung in den nächsten Jahrzehnten bearbeitet hat: so etwa die Bedeutung der Parteipresse, der Kommunalpolitik und der Parteifinanzen. Indem Ritter nicht nur die eigentliche Parteiorganisation, sondern das Netzwerk der sozialdemokratischen Vereine, die Gewerkschaften und ihre Tarifpolitik, ihr Unterstützungswesen und ihre sozialpolitischen Aktivitäten insgesamt untersuchte, erschloß sich ihm auch jener zentrale und komplexe Prozeß, der die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zutiefst beeinflußt hat: die Spannung zwischen dem verbalen, programmatisch-theoretischen Radikalismus und der damit verbundenen Gefahr doktrinärer Erstarrung einerseits, der Vielgestaltigkeit der reformistischen und pragmatischen Aktivitäten als „Emanzipations- und Kulturbewegung“, etwa mit der Genossenschafts- und der Bildungsbewegung der Arbeiter andererseits – jene Spannung, die unter dem Namen „sekundäre“ oder „negati-

ve“ Integration zu einem Basisinterpretament für die deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert geworden ist. Ritter selbst hat in den folgenden Jahren diese Perspektiven immer weiter verfolgt und dabei auch sehr früh die zusätzlich aus England kommenden Anstöße aufgenommen. Ein von ihm herausgegebener Band zur „Arbeiterkultur“ 1979 und die darin vorgenommene Unterscheidung von „Arbeiterkultur“ und „Arbeiterbewegungskultur“ wurden zur unerläßlichen Grundlage für jede weitere Beschäftigung mit dem Thema.[4] Anfang der 70er Jahre bereits hatte Ritter auch eine umfassende Darstellung zur „Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts“ konzipiert, von der bisher 7 Bände erschienen sind, darunter 1992 der von Ritter gemeinsam mit Klaus Tenfelde bearbeitete Band über die „Arbeiter im deutschen Kaiserreich 1871–1914“. Bei der Konzeption dieses monumentalen Reihenwerks wirkten mehrere Impulse zusammen: zum einen der Wunsch nach einer Integration der inzwischen hochdifferenzierten politik- und sozialgeschichtlichen Fragestellungen und Erkenntnisse zu diesem Thema, zum anderen aber auch die wissenschaftliche Systemkonkurrenz mit der DDR-Forschung, die gerade auf diesem Sektor eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für die bundesrepublikanische Sozialgeschichte darstellte. Nicht zuletzt die Anstöße und Arbeiten Ritters haben dann kurz vor 1989 zu jener vergleichsweise offenen Selbstkritik Jürgen Kuczynskis geführt, man sei gerade auf dem für die DDR besonders prekären Gebiet der sozialgeschichtlichen Forschung gegenüber der Bundesrepublik in Rückstand geraten.

Einen zweiten, noch breiter und differenzierter ausgebauten Forschungsschwerpunkt stellt dann die Geschichte des Parlamentarismus in Deutschland und England dar. Flossen die Oxforder Anregungen und die Kenntnis der englischen Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts schon in die Konzeptualisierung der deutschen Arbeiter- und Arbeiterbewegungsgeschichte ein, so baute Ritter seine Kenntnis der Geschichte des englischen Parlamentarismus zur förmlichen Vergleichsperspektive aus. Ritter ist zweifellos einer, wenn nicht der wichtigste der Initiatoren jener vergleichenden Studien, mit denen deutsche Historiker seit einiger Zeit die Verengung der nationalstaatlichen Perspektive systematisch

zu sprengen suchen. 1962 bereits erschien eine erste vergleichende Skizze „Deutscher und britischer Parlamentarismus. Ein verfassungsgeschichtlicher Vergleich“. Ihr folgten 1958 bzw. in 2. Auflage 1970 gemeinsam mit Sir Ivor Jennings eine Art Reader über „Das britische Regierungssystem“ und dann 1972 eine Reihe von Studien zur Entwicklung und Struktur des politischen Systems „Parlament und Demokratie in Großbritannien“ sowie 1973 gemeinsam mit Dieter Grosser: „British Gouvernment Today. Das Regierungssystem Großbritanniens zur Zeit des Eintritts in die europäische Gemeinschaft“. In den Kontext dieses Interesses an den Funktionsbedingungen und -mechanismen von Parlamentarismus und Demokratie gehören auch die wesentlichen Impulse, die Ritter in drei gemeinsam mit Merith Niehuss publizierten Büchern der wahlgeschichtlichen Forschung gegeben hat. Die Spannweite dieser Arbeiten reicht vom Beginn des Kaiserreichs bis zu den Wahlen im vereinigten Deutschland 1991.[5]

Ein drittes großes Forschungsfeld hat sich Ritter seit 1983 erschlossen. Es verknüpft das Interesse an der Geschichte der Arbeiterbewegung in Deutschland und Europa mit der Frage nach der sozialen Problemlösungskapazität und Integrationskraft verschiedener Regierungssysteme und staatlicher Tradition seit dem Aufkommen des Interventionsstaates im späten 19. Jahrhundert. Aus einem Vortrag am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Recht in Berlin 1981 ging zunächst eine Monographie zur Entstehung der Sozialversicherung in Deutschland und England hervor.[6] Nach weiteren Studien zu diesem Thema holte Ritter in einer großen Synthese[7] weit aus und stellte die Formen der Unterstützung für die „Miseri et Mali“ von der Armenpflege des Mittelalters bis ins 19. Jahrhundert und daran anschließend die spezifischen Formen der Selbsthilfe im Übergang von der bürgerlichen zur Industriegesellschaft dar, um dann nach der Bismarckschen Sozialversicherung und dem Ausbau der Versicherungssysteme im 20. Jahrhundert auch die Krise des Sozialstaats in unserer Gegenwart zu diskutieren.

Zu diesen drei Hauptfeldern von Ritters Forschertätigkeit kommen ergänzend weitere Arbeitsfelder, die sich mit einer gewissen Fol-

gerichtigkeit aus den leitenden Fragestellungen Ritters entwickelten. Das ist einmal die Geschichte der Inflation in Deutschland und im internationalen Zusammenhang, die Ritter zusammen mit Gerald G. Feldman, Carl-Ludwig Holtfrerich und Peter-Christian Witt wesentlich inspiriert und gefördert hat[8] – der Inflation als einer der zerstörerischsten Herausforderungen für die Legitimität und Integrationskraft der Weimarer Republik. Dazu kommt in letzter Zeit verstärkt ein wissenschaftsgeschichtliches Interesse. Es schlug sich bisher nieder in einer ausführlichen Würdigung seines akademischen Lehrers Hans Herzfeld,[9] in einer Bilanz der sozialgeschichtlichen Forschung der Bundesrepublik,[10] und vor allem, in einer ersten Überblicksdarstellung zur „Großforschung in Deutschland".[11] Hier griff Ritter ein Thema auf, das von der historischen Forschung lange vernachlässigt wurde und das täglich an Wichtigkeit zunimmt: die „Big science", d.h. die vor allem naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen, die nach Anfängen seit dem späten 19. Jahrhundert heute, getragen vom Staat, von privaten Stiftungen oder auch von einzelnen Firmen und Unternehmen, eine immer größere Zahl von Wissenschaftlern beschäftigen. Hier ist die Rolle der Wissenschaft als Produktivfaktor sozusagen institutionalisiert, hier ist die Wissenschaft besonders eng an die Interessen und Bedürfnisse der Wirtschaft und des Staates gebunden, hier geht es um die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften und den Beitrag der Wissenschaft zu den staatlichen Aufgaben der Daseins- und Zukunftsvorsorge.

Dieses ganzeŒuvre ist von staunenswertem Umfang – derzeit rund 50 selbständige Titel. Seine europäische Dimension ist so ausgeprägt wie bei keinem anderen Historiker dieser Generation. Vor allem aber: dieses Œuvre ist bemerkenswert konsistent und folgerichtig in seinen leitenden Erkenntnisinteressen und Fragestellungen. Das Stichwort „Sonderweg" ist von der um ihre wissenschaftliche Identität ringenden Generation der jetzt 30- bis 40jährigen mit einer Art Tabu belegt worden. Auch hat sich Ritter, soweit ich sehe, explizit auf dieses Schlagwort kaum bezogen. Aber in hohem Maße präsent ist die Frage nach dem „Sonderweg", oder sagen wir nach dem deutschen Weg in die Moderne und seinen spezifischen Problemen und Gefährdungen, aber auch Stärken, sehr

wohl. In seinem ersten deutsch-britischen Verfassungsvergleich von 1962 hat Ritter dieses Erkenntnisinteresse unmißverständlich formuliert: „Großbritannien ist das Mutter- und weitgehend auch das Musterland der Staatsform des parlamentarischen Regierungssystems und zugleich diejenige europäische Nation, in der die Probleme der Massendemokratie im modernen Industriestaat zuerst auftraten und zunächst am eindrucksvollsten gelöst wurden. Eine Betrachtung der britischen Verfassungsverhältnisse erscheint daher besonders geeignet, um im Kontrast die neuralgischen Punkte der Verfassung und der politischen Praxis der Weimarer Republik zu verdeutlichen und zugleich einige grundsätzliche Fragen für die Arbeitsweise des parlamentarischen Systems unter den politischen Bedingungen des 20. Jahrhunderts zu erörtern“.[12]

Von diesem Ausgangspunkt her ergibt sich schlüssig eine Reihe jener Fragen, denen Ritter immer wieder nachgegangen ist: welche Dimension und welche Form nehmen jene Spannungen an, die sich aus dem Nebeneinander von politischer Gleichheit und sozialer Ungleichheit ergeben? Über welche Möglichkeiten verfügt der Staat, wirtschaftliche und soziale Gegensätze in der Gesellschaft auszugleichen und wann und warum hat er bei der Lösung dieser Aufgabe versagt? Welche Konsequenzen hat die Entstehung und Ausformung des politischen Massenmarkts in den europäischen Gesellschaften und Staaten des 19. und frühen 20. Jahrhunderts und welche gesellschaftlichen und politischen Organisationsformen brachte sie hervor? Welche Bedingungen muß ein Parlament erfüllen, um im Übergang von der bürgerlichen zur industriellen Gesellschaft und in den Krisen der Industriegesellschaft die für die politische und soziale Friedenswahrung gestellten Aufgaben zu meistern? Wie sehen Parteien und Parteiensysteme aus, die diese Aufgaben lösen oder an ihnen scheitern? Welche Rolle spielen ökonomische und soziale Interessengruppen und inwieweit wirken sie integrierend oder desintegrierend? Unter welchen Bedingungen entstehen außerparlamentarische Kampfformen und was ist nötig, um ihre Energien in das Funktionieren des parlamentarischen Systems einzubeziehen? Was sind die Eigenschaften von politischen Eliten, denen es gelingt, die zerstörerischen Kräfte in einer Gesellschaft zu neutralisieren, die sozialen und politischen Energien kon-

struktiv zu bündeln und die in pluralistischen Gesellschaften notwendigerweise divergierenden Interessen und Bedürfnisse miteinander zu versöhnen?

Diese Fragen durchziehen, so meine ich, das ganze Werk Ritters. Eine wesentliche Perspektive kommt noch hinzu, die von unten, aus der Sicht der von staatlichen Repressionsmaßnahmen Betroffenen, auch der vergleichsweise anonymen Akteure – die Frage etwa, wie die Arbeiter in Deutschland ihren Staat erfuhren und welche Folgen dessen Verhalten hatte. Da Ritter die Brücke über die Zäsuren von 1918, 1933 und 1945 hinweg schlägt und überhaupt den Systemumbrüchen besondere Aufmerksamkeit schenkt, stellt sich ihm die Geschichte der Arbeiterschaft als „im ganzen erfolgreiche, mit ihrer politischen und sozialen Emanzipation verbundene Integration der Arbeiterschaft in die Gesellschaft“ dar.[13] Aber Ritter macht doch deutlich, daß diese Integration am Ende eines „in Deutschland besonders vielschichtigen, wechselvollen und spannungsgeladenen Verhältnisses von Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung“ von der Frühindustrialisierung bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung steht.[14] Auf der letzten Seite seines kompakten Überblicks über das Verhältnis von Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland wirft er die Frage auf, ob die Weimarer Republik zu retten gewesen wäre, wenn ihr das „demokratische Potential von Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung möglichst unverkürzt erhalten geblieben wäre“.[15] Was in fast einem Jahrhundert versäumt worden war – so die Antwort – das habe sich nicht innerhalb eines Jahrzehnts aufholen und korrigieren lassen – „schon gar nicht unter den negativen Vorzeichen und wechselvollen Schicksalen der Weimarer Republik, auch wenn der Sozialstaat in ihrer Geburtsurkunde verbrieft worden war“.[16] Hier ist sie – um auf den Ausgangspunkt zurückzukommen – wieder deutlich zu spüren, die Generationenerfahrung der gebrannten Kinder aus den letzten Jahren von Diktatur und totalem Krieg und ihre Umsetzung in grundlegende Erkenntnisinteressen und einen Wertehorizont, die einen ganz anderen, alternativen Entwurf von politisch-gesellschaftlicher Ordnung und Politik ermöglichen sollten als den selbst gerade noch so katastrophal erlebten. Ritters wissenschaftliches Werk ist, so scheint mir, in historische

Fragestellungen und Kategorien transformierte Parlamentarismus- und Demokratietheorie.

Für diese Annahme spricht auch der vitale Gegenwartsbezug in Ritters Werk. Sein erster Lehrstuhl war ein politologischer, aber, wichtiger, bis heute hat sich Ritter bemüht, historische Forschung und die Analyse von Gegenwartsproblemen zusammenzuführen. Ein auch heute noch lesenswerter Aufsatz von 1973 fragt z.B., wie die Macht des modernen, in alle möglichen Bereiche des persönlichen Lebens intervenierenden Staates mit seiner umfassenden Daseins- und Wohlfahrtsvorsorge kontrolliert werden kann.[17] Herausgefordert vom Aufkommen neuer rechts- und linksradikaler Kräfte in der zweiten Hälfte der 60er Jahre analysierte Ritter die Triebkräfte und die politische Vorstellungswelt des radikalen Antiparlamentarismus und Antipluralismus von links und rechts im Vergleich.[18] Ritters durchaus aufklärerischer Impuls richtete sich bei solchen Publikationen zum einen gegen den Anspruch junger Intellektueller, die Massen im Namen ihrer Theorien gängeln zu dürfen, zum anderen, und noch wichtiger, gegen das „Unverständnis der modernen Gesellschaft".[19] Den neu aufkommenden sozialromantischen Räteideen etwa setzte er in einer weit ausholenden Studie betont nüchtern die exakte empirische Analyse historischer Räteexperimente und ihres Scheiterns von der Russischen Revolution bis zur Arbeiterselbstverwaltung in jugoslawischen Betrieben entgegen.[20]

Diesem vitalen Interesse Ritters an der Gegenwart verdanken wir schließlich die vier umfangreichen und differenzierten Studien, die er 1998 unter dem Titel „Über Deutschland. Die Bundesrepublik in der deutschen Geschichte" publiziert hat. Hier geht Ritter im Vergleich der Systeme u.a. den unterschiedlichen Ausgangspositionen von 1945, der Entnazifizierungs-praxis und dem Elitenaustausch, der Entwicklung der Parteien und Massenorganisationen, von Verfassung und Verwaltung, Bildung und Wissenschaft, des Rechtswesens, der Wirtschaft und der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik und der Situation der Frauen nach, faktenreich, nüchtern, betont sachlich und fair, aber auch klar und bestimmt im Urteil über die DDR. Auch in diesem so politiknahen Buch ist das explizite politische Bekennen und Räsonieren oder gar eine nationale Rhetorik nicht Ritters Sache,

aber wer sein sonstiges Werk kennt, weiß doch, was es bedeutet, wenn er dieses Buch „den Demonstranten in Leipzig und anderen Städten der DDR, die eine Diktatur zum Einsturz brachten“ gewidmet hat.

So wichtig Ritters geschriebenes Werk im ganzen ist, so muß doch zum Schluß mit ein paar Worten noch auf sein gelebtes Werk eingegangen werden: auf seine Rolle als akademischer Lehrer und Mentor. Die Zahl der – wie es etwas mißverständlich heißt – „Schüler“, die ihrerseits in Forschung, Lehre und Wissenschaftsorganisation höchst produktiv und rührig sind, ist – das ist kaum metaphorisch gesprochen – Legion. Sie haben die Ansätze der Sozialgeschichte weitergeführt, ausgebaut, differenziert und modifiziert – und ihr damit, was gerade in Deutschland überfällig war, einen wesentlichen Platz im Ensemble der geschichtswissenschaftlichen Fragestellungen und Methoden verschafft. Sie sind gleichwohl, wie Ritter selbst, nie nur Sozialhistoriker – das hieße auch Ritters Erbe schlecht verwalten. Junge Historiker fühlten sich von Ritter wahrgenommen, respektiert, geschätzt, auch wenn sie nicht zur eigenen „Schule“ gehörten, – und das ist schon fast alles, was ein Nachwuchswissenschaftler auf dem zweiten Streckenabschnitt des Wegs zu einer akademischen Karriere braucht – gerade weil sie, mit der für Deutschland immer noch gültigen Formulierung Max Webers, ein „wilder Hasard“ ist. Im Umgang mit den Jüngeren bewährte sich Ritters Offenheit in besonderem Maße. Und so ist es kein Wunder, daß diese Jüngeren das Bedürfnis haben, Ritter für das, was er ihnen, dieser Universität und der Geschichtswissenschaft im Ganzen gegeben hat, in der symbolischen Gestalt der Ehrenpromotion durch die Humboldt-Universität zu danken.

Der Laudator ist Professor für Neuere Geschichte
am Institut für Geschichtswissenschaften
der Humboldt-Universität zu Berlin.

Anmerkungen

1 *Paul Nolte*, Die Historiker der Bundesrepublik. Rückblick auf eine „lange Generation“, in: Merkur, Jg. 53 (1999), S. 412ff.
2 *Gerhard A. Ritter*, Die Arbeiterbewegung im Wilhelminischen Reich (1959), 2. durchges. Aufl., Berlin 1963.
3 Zur Würdigung der Forschungsleistung von Ritter vgl. auch die Einleitungen der Herausgeber der Ritter-Festschrift, in: *Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde* (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat, München, New Providence, London, Paris 1994, S. 3-8, 225-234, 497-502.
4 *Gerhard A. Ritter* (Hg.), Arbeiterkultur...., 1979
5 *Ders*., unter Mitarbeit von *Merith Niehuss*, Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1871-1918, München 1980; *ders., Merith Niehuss*, Wahlen in Deutschland 1946-1991. Ein Handbuch, München 1991; *dies*., Wahlen in Deutschland, München 1995.
6 *Gerhard A. Ritter*, Sozialversicherung in Deutschland und England. Entstehung und Grundzüge im Vergleich, München 1983.
7 *Ders*., Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, 2. erw. Aufl. 1991.
8 U.a. *Gerald G. Feldmann, Carl-Ludwig Holtfrerich, Peter-Christian Witt* und *Gerhard A. Ritter* (Hg.), Die deutsche Inflation. Eine Zwischenbilanz. The German Inflation Reconsidered. A Preliminary Balance, Berlin, New York 1982; *dies*. (Hg.), Die Erfahrungen der Inflation im internationalen Zusammenhang und Vergleich. The Experience of Inflation in the National and Comparative Studies, Berlin, New York 1994; *dies.* (Hg.), Konsequenzen der Inflation. The Consequences of Inflation, Berlin 1989.
9 *Gerhard A. Ritter, Hans Herzfeld*, in: *Otto Büsch* (Hg.), Hans Herzfeld. Persönlichkeit und Werk, Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd. 41, Berlin 1983, S. 13-91.
10 *Ders*., The New Social History in the Federal Republic of Germany, London 1991.
11 *Ders*., Großforschung in Deutschland, München 1992.
12 *Ders*., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen 1976, S. 190.
13 *Ders*., Staat, Arbeiterschaft und Arbeiterbewegung in Deutschland, Berlin, Bonn 1980, S. 10.
14 Ebd., S. 10.
15 Ebd., S. 93.

16 Ebd., S. 94.
17 Ritter, Arbeiterbewegung (wie Anm. 12), S. 223.
18 Ebd., S. 259-271.
19 Ebd., S. 271.
20 Ebd., S. 292-316.

Gerhard A. Ritter

Der Berliner Reichstag in der politischen Kultur der Kaiserzeit

I.

Am 5. Dezember 1894 wurde in einem „prächtigen“ Schauspiel die Schlußsteinlegung zum Deutschen Reichstag vollzogen. Kaiser Wilhelm II. fuhr in einem vierspännigen offenen Wagen in der Uniform des Regiments der Gardes du Corps vor. Als der Kaiser den Wagen verließ, wurde der Präsentiermarsch gespielt, unter dessen Klängen der Kaiser, begleitet von der gesamten Generalität, die Front abschritt, ehe er auf der speziell für ihn vorgesehenen Haupttreppe im Osten des Gebäudes den Reichstag betrat und auf dem Kronsessel unter einem Thronbaldachin Platz nahm.

Zur Festversammlung gehörten die gesamte Generalität, die kaiserliche Familie, der Hofstaat, Bevollmächtigte der deutschen Bundesstaaten, das Diplomatische Corps, der Reichskanzler Fürst Hohenlohe, die Staatssekretäre des Reiches, die preußischen Minister und schließlich auch die meisten der 397 Reichstagsabgeordneten, die unmittelbar von der Verlesung der Thronrede im Rittersaal des königlichen Schlosses zum neuen Reichstagsgebäude gekommen waren. Im Gewoge der Uniformen und im Geglitzer der Orden gingen die wenigen Zivilisten – Abgeordnete im Frack, die nicht wie viele ihrer Kollegen als Reserveoffiziere eine Uniform anziehen konnten oder sie bewußt nicht anzogen – fast unter.

Die Feier selbst begann mit der Verlesung der in den Schlußstein gelegten Urkunde durch den Reichskanzler Fürst Hohenlohe. Es folgte eine Rede des bayerischen Bevollmächtigten zum Bundesrat, der ebenfalls im Reichstagsgebäude tagte, Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering, aus dessen Hand der Kaiser eine Kelle entgegennahm, mit der er den Schlußstein vermauerte. Danach überreichte der konservative Reichstagspräsident, Albert von Levetzow, der in der Uniform eines Landwehrmajors der Reserve er-

schienen war, mit einer kurzen Ansprache dem Kaiser einen Hammer, der mit dem Wahlspruch „pro patria et gloria“ mit drei Hammerschlägen den Bau einweihte. Die Veranstaltung endete mit einem Hoch auf den Kaiser und dem Abspielen des Liedes *„Heil Dir im Siegerkranz“*.

Militärischer Pomp und höfisches Zeremoniell hatten bereits die Eröffnung des ersten Reichstages nach der Gründung des Deutschen Reiches durch Wilhelm I. im Weißen Saal des königlichen Schlosses in Berlin am 21. März 1871 wie die Grundsteinlegung des neuen Reichstagsgebäudes am 9. Juni 1884 geprägt. Das Zeremoniell aller drei Veranstaltungen war eine politische Demonstration der Machtverhältnisse im Deutschen Reich und des Selbstverständnisses der herrschenden Eliten. Hof, Militär und Bürokratie waren in Deutschland vor den Parlamenten entstanden und sahen sich auch weiterhin als die eigentlichen Machtzentren. Preußen als Hegemonialstaat des Deutschen Reiches hat nicht nur dessen Politik weitgehend bestimmt, sondern auch die politische Kultur des Reiches und dessen öffentliche Repräsentation in der Haupt- und Residenzstadt Berlin wesentlich geprägt.

Der Reichstag hat erst spät ein eigenes Haus erhalten. Die ersten, bereits 1871 verfolgten Pläne scheiterten vor allem, da man lange vergeblich nach einem geeigneten Grundstück am Königsplatz, dem heutigen Platz der Republik, suchte. Der Reichstag und in einem Seitentrakt der Bundesrat der Bismarckzeit tagten daher in der Leipziger Str. 4, neben dem Sitz des Preußischen Herrenhauses, in einem Gebäude, das von der Königlich-Preußischen Porzellanmanufaktur (KPM) übernommen worden war. Erst 1882 wurde ein zweiter Wettbewerb beschlossen und 1883 der Architekt Paul Wallot aus Frankfurt am Main mit dem Bau des Reichstages beauftragt. Von 1884 bis 1894 entstand in 10-jähriger Bauzeit im zeitgenössischen Stil der Neorenaissance der Reichstag als rechteckiger Bau mit vier großen Türmen, die die Königreiche Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg symbolisieren sollten. Vor allem die 75 Meter hohe, aus Eisen und Glas bestehende Kuppel, die nicht selten als *„Pickelhaube“*, oder *„Käseglocke“* verspottet wurde, fand viel Kritik. Die Ablehnung dieser architektonischen Form entsprach dabei häufig

einer antiparlamentarischen Grundhaltung, die Kuppeln für Schloß- und Dombauten reservieren wollte und in der Kuppel des Reichstages, für die es das berühmte Vorbild des Kapitols in Washington gab, einen Ausdruck des Selbstbewußtseins des Parlaments als Haus des Volkes sah.

Das Reichstagsgebäude selbst hat einem solchen Selbstverständnis aber nur ungenügend Rechnung getragen. So saßen die Mitglieder des Bundesrates als Vertreter der verbündeten Regierungen der deutschen Staaten den Abgeordneten in einer erhöhten Estrade gegenüber, statt daß die Mitglieder der Regierung, wie im englischen *House of Commons*, unter den Abgeordneten selbst Platz nahmen. Die Spitze der Kuppel bildete eine große Kaiserkrone als Symbol der Einheit, aber auch des monarchischen Charakters des Staates. In der Halle des Südeinganges, durch den die Abgeordneten und die Mitglieder des Bundesrates den Reichstag betraten, wurden acht Bronzestatuen deutscher Kaiser von Karl dem Großen bis Maximilian I. aufgestellt, während der Plan, in der nördlichen Eingangshalle, die Büsten bedeutender Repräsentanten des geistigen Lebens Deutschlands aufzunehmen, unausgeführt blieb. Der Reichstag bot große Arbeitsräume für den Reichskanzler, für die Vertreter des Bundesrates, eine Hofloge und prächtige Repräsentationsräume, aber nur wenig Arbeitsmöglichkeiten für die Abgeordneten.

Als Inschrift über der Hauptfassade im Westen sollte *„Dem Deutschen Volke“* stehen. Das wurde jedoch vom Kaiser abgelehnt, der statt dessen die Inschrift *„Der Deutschen Einigkeit“* vorgezogen hätte. Erst im Weltkrieg 1916 konnten schließlich aus dem Material von zwei in den Freiheitskriegen erbeuteten französischen Kanonen die 17 Buchstaben der vorgesehenen Inschrift angebracht werden.

Der Kaiser machte aus seiner Verachtung des Reichstages, des *„Reichsaffenhauses“*, wie er ihn einige Tage nach der Eröffnung in einem Brief an seinen Freund Philipp zu Eulenburg-Hertefeld bezeichnete, keinen Hehl. Später schrieb er nach dem Sieg der Sozialdemokratie in der Reichstagswahl 1903 an Reichskanzler Bülow,

daß es ihm völlig gleichgültig sei, *„ob in dem Reichstagskäfig rote, schwarze oder gelbe Affen“* – eine Anspielung auf die Sozialdemokraten, das katholische Zentrum und die Liberalen – *„herumsprängen“*. Der Kaiser hat trotz der für ihn reservierten, repräsentativen Hofloge den Reichstag nach der Einweihung nur noch einmal, am 5. April 1906, als Reichskanzler Bülow einen Schwächeanfall erlitt, betreten. Die verächtliche Ablehnung des Reichstages durch Wilhelm II. war typisch für einen Großteil der alten politischen und sozialen Eliten, die vom Reichstag eine Gefährdung ihrer dominierenden Stellung in Staat und Gesellschaft befürchteten.

Das Kaiserreich war gekennzeichnet durch das Nebeneinander verschiedener politischer Kulturen, die auch den Kompromißcharakter des deutschen Konstitutionalismus widerspiegelten. Dieser fand seinen Ausdruck in der Gegenüberstellung einer vom Monarchen ernannten Exekutive und des der Kommandogewalt des Kaisers direkt unterstellten Heeres als Repräsentanten der alten Ordnung auf der einen Seite und des auf die Mitwirkung an der Gesetzgebung und die Feststellung des Budgets beschränkten Reichstages als Vertretung des deutschen Volkes auf der anderen Seite.

In der öffentlichen Repräsentanz des Staates in Berlin dominierte eindeutig die preußisch und militärisch geprägte Monarchie. Das eigentliche Zentrum bildete die von den klassizistischen Bauten von Schlüter bis Schinkel geprägte große Achse des königlichen Berlin in der Prachtstraße *„Unter den Linden“* vom Stadtschloß des Monarchen bis zum Brandenburger Tor. Hier zog 1871 das siegreiche Heer ein, hier wurden die Staatsgäste ins Schloß geleitet, hier fanden neben den großen populären Frühjahrs- und Herbstparaden auf dem Tempelhofer Feld häufig Militärparaden statt, hier zeigte sich bei seinen regelmäßigen Ausfahrten der Monarch seinen Untertanen. Selbst die feierliche Eröffnung des Reichstages fand im Weißen Saal oder im Rittersaal des Schlosses statt. Der Reichstag ging so *„zu Hofe“*, während in England der Monarch zum Parlament fährt.

Das Stadtschloß, die Wohnpaläste der Prinzen, das Zeughaus, das Kommandantenhaus und die Neue Wache in der preußischen

Staatsmeile entsprachen der monarchischen und militärischen Prägung des Staates, der im neubarocken Stil 1894–1905 errichtete evangelische Dom unterstrich das Bündnis von Thron und Altar. Allerdings wurde auch die kulturelle Tradition des preußischen Staates durch die Oper, die 1913 vollendete Staatsbibliothek, die Universität, die Bauakademie und die Museumsinsel – Bauten, in denen monarchische Kultur- und Wissenschaftspflege und bürgerlicher Einfluß immer mehr eine Symbiose eingingen – betont. Was fehlte, waren Bauten der Rechtsprechung, der Wirtschaft und der Volksvertretung. Seitlich zu dieser Prachtstraße lagen das Herren- und das Abgeordnetenhaus des Preußischen Landtags und in der Wilhelmstraße mit den preußischen Ministerien, der Reichskanzlei und den weiteren obersten Behörden des Reiches ein schnell wachsendes, modernes Regierungsviertel. Ohne Bezug dazu lag am nördlichen Rand des Tiergartens, ans Spreeufer angelehnt, der neue Reichstag, der den großen Königsplatz mit dem Kroll´schen Etablissement, dem Generalstabsgebäude und der 1873 eingeweihten Siegessäule mit der Kolossalstatue der Siegesgöttin, die erst 1938 ihren heutigen Platz am Großen Stern erhielt, teilen mußte.

Der Reichstag ist nie zum Zentrum einer das ganze Volk, oder auch nur das Bürgertum, repräsentierenden politischen Kultur geworden. Die im Kaiserreich entstehenden großen nationalen Denkmäler, von der Siegessäule über die Hunderte von Kaiser-Wilhelm-Denkmälern, Bismarck-Denkmälern und Bismarcktürmen hin zu der von vielen Berlinern als „*Puppen*“ bespöttelten endlosen Kette von Statuen von Herrscher- und Heldengestalten in der Siegesallee, waren borussisch-monarchisch und militärisch-machtstaatlich geprägt. Die ursprüngliche Bürgerlichkeit in der Idee der Nation im 19. Jahrhundert wurde zurückgedrängt und unterbelichtet. Selbst für das Bürgertum symbolisierte sich die Nation im Kaiser, seinen engsten Paladinen bei der Reichsgründung (Bismarck, Moltke, Roon) und im Heer, nicht aber im Volk und im Parlament.

Der Reichstag verstand es nicht, sich einen Platz in der Staatssymbolik des neuen Reiches zu sichern. Typisch für diese untergeordnete Rolle des Parlaments ist der schließlich dominierende Einfluß, den der Kaiser und führende Beamten auf den Bau des Reichstages

ausübten. Bürgerliche Kultur im engeren Sinne fand ihren architektonischen Ausdruck eher in der Börse, in Bauten der Großbanken, den Bahnhöfen, den Industriebauten sowie den Villen eines Großbürgertums, in dem gerade jüdische Familien zu bedeutenden Mäzenen von Kunst und Wissenschaft wurden.

Die bürgerliche Nationalbewegung hatte mit der Gründung des Reiches in Deutschland ihre spezifischen politischen Symbole und ihre Stoßkraft verloren. Dem monarchischen Staat ist es dagegen gelungen, mit seinen Paraden, den Feiern zum Sedanstag und zu Kaisers Geburtstag, den Stiftungsfesten der Kriegervereine, den großen Inszenierungen etwa zur Einweihung von Denkmälern oder des Kaiser-Wilhelm-Kanals auch die Gefühle breiter Massen anzusprechen und die zunächst in Opposition zu den dynastischen Staaten stehenden nationalen und liberalen Kräfte zu integrieren.

Es kam hinzu, daß die ursprüngliche Einheit der volkstümlichen Nationalbewegung, zu der bis 1870 auch die Organisationen der Arbeiterbewegung gehört hatten, mit der Ausgrenzung der Sozialisten zerfallen war. Neben der Repräsentation des monarchischen Staates, der eher unpolitischen bürgerlichen Kultur und der religiös geprägten, durch den Kulturkampf zunächst an den Rand der Nation gedrängten sozialen und politischen Kultur des deutschen Katholizismus entstand eine spezifische politische Kultur der organisierten sozialistischen Arbeiterbewegung.

Kennzeichnend für diese waren die alljährlichen Stiftungsfeste ihrer örtlichen Organisationen, die Lassalle- und Märzfeiern, die in Berlin zunächst mit den alljährlichen Wanderungen zum Friedhof der Märzgefallenen der Revolution von 1848 im Volkspark *Friedrichshain* den Höhepunkt einer konkurrierenden öffentlichen Selbstdarstellung bildeten. Seit 1890 wurden sie zunehmend von den großen Feiern des 1. Mai mit ihrer Forderung nach dem Achtstundentag und der Demonstration der internationalen Solidarität des Proletariats in den Hintergrund gedrängt. Besonders eindrucksvoll waren auch die Leichenzüge bei der Beerdigung sozialistischer Führer, die bereits in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878 bis 1890 die Solidarität und den Selbstbehauptungswillen der Arbeiterbewegung demonstriert

hatten. Bei der Beerdigung von Wilhelm Liebknecht im August 1900 sollen in Berlin eine halbe Million Menschen Spalier gestanden oder dem Trauerzug, der sich 5 1/2 Stunden durch die Straßen Berlins bewegte, gefolgt sein. *„So wurde noch kein König zu Grabe getragen“*, war der bewegte Kommentar des liberalen Politikers Friedrich Naumann. Einen dieser großen Leichenzüge, an dem Hunderttausende teilnahmen oder Spalier standen, habe ich nach dem Tode des populären sozialdemokratischen Regierenden Bügermeisters von Berlin Ernst Reuter im September 1953 noch selbst erlebt.

II.

Weder für das Bürgertum noch für die katholische Bevölkerung und die Arbeiterschaft wurde so der Reichstag zum Symbol und Träger der Kräfte, die den monarchischen Obrigkeitsstaat zu einem demokratischen Volksstaat umwandeln wollten.

Allerdings hat der Reichstag bereits während des Kaiserreiches eine zunehmend wichtiger werdende Rolle in der konkreten Politik, in der Zurückdrängung dynastisch-einzelstaatlicher Traditionen und für die wachsende Bedeutung des Nationalstaates im Leben des einzelnen Bürgers gespielt. Die vom Reichstag entscheidend beeinflußte Gesetzgebung schuf die Rechtseinheit Deutschlands und setzte den Rahmen für die wirtschaftliche Tätigkeit. Mit den von Bismarck initiierten, aber bis ins Einzelne vom Reichstag wesentlich mitgestalteten Sozialversicherungsgesetzen der 1880er Jahre sicherten vom Reich geschaffene Institutionen einen Großteil der Bevölkerung – vor allem die Arbeiter, später auch die Angestellten – gegen die elementaren Lebensrisiken Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter bis zu einem gewissen Grad materiell ab und schufen rechtliche Ansprüche der Versicherten an die Gemeinschaft, die auch ihre Stellung als Staatsbürger stärkten.

Daneben gab es allerdings zunehmend nationalistisch geprägte Institutionen der Sozialisation, wie die von den Einzelstaaten getragene Volksschule, die protestantischen Kirchen, das Heer und die Kriegervereine, auf die der Reichstag so gut wie keinen Einfluß hat-

te. Auch die Gründung deutscher Kolonien seit den 1880er Jahren und der Aufbau der Flotte seit der Jahrhundertwende, die bei breiten Kreisen der Bevölkerung zu Symbolen nationaler Größe und Identifikation wurden, sind nicht als Leistungen des Reichstages, sondern einzelner Kolonialpioniere, der Regierung und der Monarchie wahrgenommen worden.

Wesentlich war dagegen, daß die Wahlen zum Reichstag nach dem für die Verhältnisse der Zeit im internationalen Vergleich sehr demokratischen allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Männerwahlrecht die wohl entscheidende Rolle bei der Politisierung der Bevölkerung spielten. So stieg die Wahlbeteiligung von 51% im Jahr 1871 auf knapp 85% bei den letzten Reichstagswahlen im Kaiserreich 1907 und 1912 an.

Die zunächst von lokalen Honoratioren bestimmten und fast nur im Wahlkampf aktiven Wahlvereine entwickelten sich – weitgehend nach dem Vorbild der Sozialdemokratie – tendenziell zu modernen, permanent tätigen Massenparteien mit festen Organisationen. Die Debatten des Reichstages, über die ausführlich in der Presse berichtet wurde und die in der öffentlichen Meinungsbildung eine viel größere Rolle spielten als die heutigen Bundestagsdebatten, wurden das Forum eines sich schnell entwickelnden *„politischen Massenmarktes“* (Hans Rosenberg) und trugen zur Integration der Bevölkerung der einzelnen Bundesstaaten in das Reich bei. Die kostenlosen Karten für die Publikumstribünen des Reichstages waren heiß begehrt. Bei großen Anlässen wurden *„Lucca-Preise“* – Paula Lucca war eine der großen Sopranistinnen der Zeit – von Hotelportiers, die sie verkauften, erzielt.

Auf der Journalistentribüne des Reichstages waren um 1900 neun Korrespondentenbüros mit je etwa einem halben Dutzend Berichterstattern vertreten. Daneben gab es viele Dutzende von Journalisten, die direkt für ihre Zeitungen über die Debatten und weiteren Arbeiten des Reichstages berichteten. Die enge Verbindung von Presse und Reichstag wurde deutlich, als nach einer Verunglimpfung der Reichstagsjournalisten als *„Saubengel“* in einem Zwischenruf des führenden Zentrumsabgeordneten Adolf Gröber am

19. März 1908 die Journalisten in einen mehrtägigen Streik traten, der erst nach einer Intervention des Reichskanzlers Bülow durch eine Entschuldigung Gröbers beendet werden konnte. Die Episode hatte die Abhängigkeit des Reichstages von den Journalisten für die öffentliche Wirksamkeit seiner Arbeit gezeigt.

Die in der Reichsverfassung von 1871 verankerten Rechte auf Redefreiheit und auf die uneingeschränkte Verbreitung wahrheitsgetreuer Berichte über die Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstages waren ebenso wie das auf dem Reichstagswahlgesetz beruhende Recht, zur Vorbereitung von Wahlen Vereine zu bilden und in geschlossenen Räumen öffentliche Versammlungen abzuhalten, von eminent politischer Bedeutung. Das wurde besonders klar in der Zeit der Unterdrückung und Verfolgung der Sozialdemokratie in der Zeit des Sozialistengesetzes 1878–1890. Trotz vielfacher Behinderungen konnten schließlich Wahlversammlungen abgehalten und Stimmzettel für Sozialdemokraten abgegeben werden. Auch bot die Immunität der Reichstagsabgeordneten einen gewissen Schutz gegen Verfolgung. Entscheidend war schließlich, daß die Tribüne des Reichstages weiter zur Verbreitung sozialistischer Ideen und zur Vermittlung der sozialdemokratischen Politik bei der Bevölkerung ausgenützt werden konnte.

Der Reichstag hatte vor allem in der Bismarckzeit eine Reihe großer Parlamentarier, deren Reden ein Echo im ganzen Land fanden. Dazu gehörten die Nationalliberalen Rudolf von Bennigsen, Johannes von Miquel und der Führer ihres linken Flügels Eduard Lasker, der 1880 mit seinen Gesinnungsgenossen von der Partei sezessionierte. Eugen Richter war für viele Jahrzehnte der einflußreichste Parlamentarier der Linksliberalen, der freikonservative Industrielle Karl Ferdinand Freiherr von Stumm-Halberg eine Schlüsselfigur der regierungstreuen gemäßigten Konservativen. Der bedeutendste Gegenspieler Bismarcks war der Führer der Zentrumspartei, die *„kleine Exzellenz“* Ludwig Windthorst. In der Sozialdemokratie waren Wilhelm Liebknecht und vor allem August Bebel die herausragenden Parlamentarier. Sie alle – wie auch Bismarck – hatten ihren eigenen rhetorischen Stil, der mit ihren Grundanschauungen, ihrem Temperament, ihren speziellen Kompetenzen, aber auch ih-

rer Stellung in der Fraktion sowie der Position ihrer Parteien im Parteiensystem und deren Verhältnis zur Regierung zusammenhing.

Die Hauptadressaten ihrer Reden waren aber nicht die anderen Abgeordneten, sondern die breite Öffentlichkeit. Werbend, legitimierend und abgrenzend ging es bei den Reden um die Verteidigung und Verbreiterung des Marktanteils der eigenen Partei am *politischen Massenmarkt*. Die Fraktionen im Reichstag und ihre Führer waren in Konkurrenz mit den Fraktionen in den einzelstaatlichen Landtagen, besonders im preußischen Abgeordnetenhaus, das Rückgrat und das Entscheidungszentrum der Parteien.

Innerhalb des Reichstages wurden allerdings die großen Redner und Allroundpolitiker zunehmend durch die parlamentarischen Taktiker und vor allem die Spezialisten für einzelne Sachgebiete verdrängt. Das hängt damit zusammen, daß die profiliertesten Parlamentarier der Gründergeneration des reichsdeutschen Parlamentarismus starben oder sich aus dem Parlament zurückzogen. Da die Spitzenpositionen in Regierung und Verwaltung den Parlamentariern mit wenigen Ausnahmen weiter versperrt blieben, war der Anreiz zu einer parlamentarischen Karriere für starke Persönlichkeiten gering. Vor allem aber wurde die parlamentarische Arbeit durch den Übergang zum Interventions- und Sozialstaat seit dem Ende der 1870er Jahre immer komplexer und umfangreicher.

Die Ausweitung der Arbeit des Reichstages hatte auch zur Folge, daß sich die Verweigerung von Diäten für die Abgeordneten immer mehr als Hemmschuh einer effektiven Parlamentsarbeit erwies. Bismarck hatte bei der Schaffung der Verfassung des Norddeutschen Bundes 1867, die vom Deutschen Reich 1871 mit einigen Ergänzungen übernommen wurde, entgegen der Praxis in den Parlamenten der deutschen Einzelstaaten die Ablehnung von Diäten gegen die überwiegende Mehrheit der Abgeordneten durchgesetzt. Er mußte dabei mit seinem Rücktritt und dem Scheitern des ganzen Verfassungswerkes drohen. Bismarck wollte mit der Verweigerung von Diäten den Charakter des Parlaments als einer Versammlung von Honoratioren und praxisbezogenen Männern der Wirtschaft sicherstellen, um den Einfluß der Parteien einzuschränken und das

Eindringen von Vertretern der Unterschichten in das Parlament zu erschweren sowie *„die Besoldung des gebildeten Proletariats zum Zwecke des gewerbsmäßigen Betriebs der Demagogie“* zu verhindern.

Seine Absichten wurden allerdings nicht erreicht. Die Parteien fanden Wege, ihre Abgeordneten durch die Bezahlung von Tagegeldern, vor allem aber durch die Beschäftigung bei Parteizeitungen und Parteiverlagen oder durch die Unterstützung selbständiger, aber von ihren Anhängern als Gäste oder Kunden abhängiger Existenzen, in der Sozialdemokratie etwa Gastwirte, Zigarren- oder Kolonialwarenhändler, später durch die Anstellung als Partei- oder Gewerkschaftssekretäre materiell abzusichern. So wurde durch die Verweigerung von Diäten die Entstehung des Typs eines von den Parteien besonders abhängigen Berufspolitikers geradezu gefördert.

Eine typische Konsequenz der Diätenlosigkeit der Reichstagsabgeordneten waren ihre Bemühungen, gleichzeitig ein Mandat in einem der Landtage, die Diäten zahlten, zu erhalten. 1898 waren von den 433 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses 110, 1912 von nunmehr 443 Abgeordneten noch 58 gleichzeitig Mitglieder des Reichstages. Insgesamt hatten von den in der Reichstagswahl 1907 gewählten 397 Abgeordneten fast die Hälfte, nämlich 188, von den Reichstagsabgeordneten 1912 immerhin noch 115 gleichzeitig ein Landtagsmandat inne. Diese Doppelbelastung der Abgeordneten erleichterte die angesichts der föderativen Struktur des Reiches und der Hegemonialstellung Preußens wichtige Abstimmung zwischen der Reichspolitik und der preußischen Politik der Parteien. Sie bewirkte aber auch, daß die ständig in Berlin und dessen Umgebung wohnenden, im Reichstag und im preußischen Abgeordnetenhaus gleichzeitig tätigen Abgeordneten eine dominierende Stellung in ihren Fraktionen und Parteien – jedenfalls in Fragen der Reichspolitik und der preußischen Politik – erlangten. Die *„Verberlinerung“* des Reichstages und das Übergewicht der nord- über die süddeutschen Abgeordneten sowie Tendenzen zur Entstehung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft aus den immer anwesenden, führenden Abgeordneten einerseits und den vielfach als *„Stimmvieh“* angesehenen einfachen Abgeordneten andererseits waren fast notwendige Konsequenzen.

Trotz der Unterstützung der Abgeordneten durch die Vergabe politiknaher Stellen, die Doppelmandate und Parteidiäten war die Beteiligung an *„normalen“* Plenarsitzungen oft auf nur wenige Dutzend Abgeordnete beschränkt. Die Tätigkeit des Reichstages beruhte so weitgehend auf dem stillschweigenden Einverständnis, daß kein Abgeordneter die Beschlußfähigkeit des Hauses, die die Anwesenheit von mindestens 199 der 397 Abgeordneten verlangte, in Frage stellte. Das funktionierte bei Routineangelegenheiten und parteipolitisch wenig brisanten Gesetzentwürfen. Bei kontroversen Debatten und Abstimmungen mußten die Abgeordneten durch Telegramme der Fraktionsführungen nach Berlin beordert werden. So war die Ankunft der *„Alpenveilchen“* – der nur selten nach Berlin kommenden Abgeordneten aus Bayern – oft eine Voraussetzung für die Beschlußfähigkeit in einer Sitzung.

Reichsleitung und Bundesrat haben schließlich dem ständigen Drängen der Parlamentarier nachgegeben und 1906 unter Änderung der Verfassung der Zahlung von Diäten zugestimmt. Seitdem erhielten die Abgeordneten eine jährliche Aufwandsentschädigung von 3000 Mark. Diese wurde in festgelegten Raten vom 1. Dezember bis 1. April mit einer Abschlußzahlung von 1000 Mark bei der Vertagung oder Schließung des Reichstages gezahlt.

Der Auszahlungsmodus der Diäten hat dazu beigetragen, daß sich die parlamentarische Tätigkeit auf die Zeit von Ende November bis Mitte Mai mit drei bis vier Wochen Weihnachtsferien und drei Wochen Osterferien konzentrierte und die meist erst spät eingebrachten Vorlagen der Exekutive zur Gesetzgebung oft geradezu durchgepeitscht werden mußten, um nicht bei einer Vertagung des Reichstages für ein halbes Jahr ohne Beschluß liegenzubleiben.

Die von Legislaturperiode zu Legislaturperiode steigenden Anforderungen an die Abgeordneten hatten zur Folge, daß der Mangel an geeigneten Arbeitsmöglichkeiten immer deutlicher wurde. Die Abgeordneten hatten neben dem Pult an ihrem Sitzplatz im Plenum und einem gemeinsamen Schreibsaal nur die allerdings schließlich vorzügliche Reichstagsbibliothek für die Vorbereitung auf die Reichstagssitzungen zur Verfügung. Es gab keinen wissenschaftli-

chen Hilfsdienst. Erst 1913 wurden die Arbeitsmöglichkeiten der Abgeordneten durch den Ausbau kleiner Arbeitszimmer im Dachgeschoß des Reichstages, die sich mehrere Fraktionskollegen teilen mußten, etwas verbessert.

III.

Insgesamt hat sich die Stellung des Reichstages im politischen System des Kaiserreiches zunehmend verstärkt. Er hatte während der gesamten Zeit einen wesentlichen Einfluß auf die immer detaillierter in das Wirtschafts- und Sozialleben eingreifende Gesetzgebung. Allerdings waren Initiativen des Reichstages auch in der Gesetzgebung nur dann erfolgreich, wenn sie die Zustimmung des Bundesrates als des Organs der verbündeten Regierungen fanden. Es kam also darauf an, in immer neuen Kompromissen einen Ausgleich zwischen den Interessen der jeweiligen Reichstagsmehrheit und der Exekutive zu finden, wenn die Gesetzgebung nicht blockiert werden sollte. Dabei haben Kommissare des Bundesrates und der Reichsämter neben den Führungsspitzen und Spezialisten der Fraktionen vor allem in den Kommissionen eine von der Forschung noch kaum beachtete zentrale Rolle gespielt.

In der Führung seiner Geschäfte, in der Prüfung der Legimität der Wahl der Abgeordneten durch einen Wahlprüfungsausschuß, der die Beeinflussung von Reichstagswahlen durch die Verwaltung auch im Vergleich zu anderen demokratischen Staaten der Zeit in Grenzen hielt, und in der Anstellung seiner Bediensteten war der Reichstag – im Unterschied zu den Parlamenten einiger deutscher Bundesstaaten – autonom. Nach der Daily-Telegraph-Affäre 1908, die zur scharfen Kritik am *„persönlichen Regiment“* Wilhelms II. führte, wurden die Rechte des Reichstages auf dem Wege der Geschäftsordnung erweitert. 1913 hat der Reichstag nach der Zabern-Affäre – allerdings ohne die Konsequenz eines Rücktritts – erstmals ausdrücklich eine Mißbilligung des Reichskanzlers ausgesprochen. Schon vorher hatte sich bei der Entlassung Bismarcks 1890, Caprivis 1894 und Bülows 1909 gezeigt, daß neben der Entfremdung vom Monarchen auch der dauernde Verlust des

Vertrauens des Reichstages wesentlich zum Sturz eines Kanzlers beitragen konnte.

Warum ist es aber trotz des offensichtlichen Machtgewinns des Reichstages nicht zu einer Parlamentarisierung des Regierungssystems gekommen? Warum blieb eine effektive Mitwirkung des Reichstages bei der Ernennung von Kanzlern aus? Warum übernahm der Reichstag nicht die Verantwortung für die Gesamtpolitik, sondern reagierte meist nur auf die von der Regierung vorgelegten Gesetzesvorlagen und Haushaltsentwürfe? Neben dem Interesse der deutschen Bundesstaaten, die zu Recht in der Bildung der Regierung durch eine Reichstagsmehrheit eine Reduzierung ihrer eigenen Kompetenzen sahen, war das Fehlen einer regierungsfähigen, an derartigen politischen Reformen orientierten parlamentarischen Mehrheit die wesentliche Ursache.

So ist es kennzeichnend, daß die Herbeiführung der für die Gesetzgebung notwendigen parlamentarischen Mehrheit immer wieder von der Regierung, nicht aber vom Parlament initiiert wurde. Dabei hat Bismarck vor der konservativen Wendung seiner Politik 1878/79 besonders mit den Nationalliberalen und der Reichspartei zusammengearbeitet. Vor allem aufgrund seiner brüchigen parlamentarischen Basis mußte er sich dann von 1880 bis 1887 seine Mehrheiten von Fall zu Fall für die einzelnen Gesetze zusammensuchen. In diese Zeit fallen seine Drohungen mit einem Staatsstreich von oben zur Änderung des Reichstagswahlrechts und die letztlich gescheiterten Pläne, mit der Schaffung eines Deutschen bzw. Preußischen Volkswirtschaftsrates durch berufsständische Vertretungen die Tätigkeit des Reichstages auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet auszutrocknen und den Volkswirtschaftsrat schließlich zu einem Nebenparlament, wenn nicht sogar zu einem Ersatzparlament zu machen.

Daneben hat Bismarck durch parlamentarische Soireen im Reichskanzlerpalais versucht, für eine parlamentarische Unterstützung seiner Politik zu werben. In der gelösten Atmosphäre eines Abends, in dem Wein und Bier reichlich flossen und die Zigarren ausgezeichnet waren, wurden manche Absprachen mit den Führern der regie-

rungsnahen Fraktionen getroffen, die die Entscheidung ihrer Fraktionen präjudizierten. Auch Fürst Bülow hat als Reichskanzler bei den von ihm veranstalteten Bierabenden und Diners für Abgeordnete eindringlich um die parlamentarische Unterstützung seiner Politik geworben und enge Kontakte zu führenden Parlamentariern unterhalten.

Neben der informellen Zusammenarbeit der Reichsleitung mit bestimmten Parteien über einen längeren Zeitraum bzw. der jeweiligen Suche nach parlamentarischen Mehrheiten für einzelne Gesetzesvorhaben hat es im sog. Kartell von Nationalliberalen, Reichspartei und Deutsch-Konservativen von 1887–1890 und im Bülowblock von Konservativen und Liberalen 1907–1909 Versuche zur Bildung einer festen Regierungsmehrheit im Reichstag gegeben. Diese von Bismarck bzw. Bülow initiierten Bündnisse erwiesen sich jedoch von Anfang an als brüchig und zerfielen nach wenigen Jahren aufgrund von Spannungen zwischen den Parteien, aber auch innerhalb der Parteien. Im Gegensatz zu Ländern mit einem parlamentarischen System fehlte dabei der Druck zur Einigung, der in einer von der Parlamentsmehrheit gestellten Regierung von der Verfügung über politische Patronage und dem Kampf um die Behauptung der Macht ausgeht.

Es kam hinzu, daß neben weltanschaulichen Differenzen besonders die enge Bindung der deutschen Parteien an spezifische „sozialmoralische Milieus“ (Lepsius) und den von diesen vertretenen wirtschaftlichen, sozialen und konfessionellen Interessen die Entwicklung der Parteien zu übergreifenden Volksparteien erschwerte, ihre Kompromißfähigkeit mit anderen Parteien behinderte und sie von der Aufgabe der Demokratisierung von Staat und Gesellschaft ablenkte.

Daneben hat auch die grundsätzliche verfassungspolitische Haltung der Parteien eine Parlamentarisierung der Verfassung verhindert. Die Konservativen haben sie aus Furcht, ihre Machtbasis in Preußen zu verlieren, aufs schärfste bekämpft und den Vorrang von Krone, Armee und staatlicher Bürokratie betont. Aber auch das Zentrum, das eine Konfrontation mit der Reichsleitung verhindern

und auf die föderalistischen Bedenken seiner süddeutschen Anhänger Rücksicht nehmen mußte, und die Liberalen, die sich nicht zwischen einer Politik der Sammlung der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten oder einer Allianz mit dieser Partei entscheiden konnten, haben eine Verfassungsreform nicht konsequent betrieben. Selbst in der Sozialdemokratie, in der viele mit Marx und Engels Parlamente letztlich nur als Institutionen einer bürgerlichen Klassenherrschaft ansahen, gab es kein klares Bekenntnis zum parlamentarischen Regierungssystem.

Nach dem Vorläufer des im Juli 1917 geschaffenen Interfraktionellen Ausschusses wurde erst unter dem Eindruck der Niederlage mit der Bildung der Regierung des Prinzen Max von Baden am 3. Oktober 1918 und durch eine Verfassungsänderung vom 28. Oktober 1918 der Übergang zum parlamentarischen System eingeleitet. Mit der Ausrufung der Republik durch Philipp Scheidemann von einem Fenster des Deutschen Reichstages am 9. November 1918 wurde der Wechsel der Staatsform vollendet und symbolisch unterstrichen.

Allerdings hat es der Reichstag auch in der Weimarer Republik nicht verstanden, zum Zentrum einer neuen demokratischen politischen Kultur zu werden. Das hängt damit zusammen, daß die Weimarer Reichsverfassung von starkem Mißtrauen gegen eine Omnipotenz des Parlaments und die Macht der Parteien geprägt war. Mit den Institutionen des Volksbegehrens und des Volksentscheids und der direkten Volkswahl eines mit weitgehenden Vollmachten ausgestatteten Reichspräsidenten, der vielfach als eine Art Ersatzkaiser angesehen wurde, sind starke plebiszitäre Elemente in die Verfassung aufgenommen worden. Auch die einerseits auf berufsständisch-konservativen und andererseits radikalsozialistischen Ideen beruhende Verankerung des Rätewesens im Artikel 165 der Verfassung, die allerdings ein weitgehend nicht ausgeführtes Programm blieb, zielte auf die Schwächung des Einflusses des Parlaments und der politischen Parteien vor allem im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Die ständigen Regierungskrisen wurden dem Reichstag, in dem sich eine neue parlamentarische Elite nur in Ansätzen herausbildete, angelastet. Dabei haben die historischen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus und der deutschen

Parteien durch die konstitutionelle Monarchie vor 1918, zusammen mit den ungewöhnlich schwierigen konkreten außenpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen der Zeit, zur mangelnden Funktionsfähigkeit und Stabilität des parlamentarischen Systems wesentlich beigetragen. Es kam hinzu, daß das Weiterwirken der letztlich auf Hegel zurückgehenden Idee eines Staates über dem Parlament und über den Parteien der Weimarer Republik bei großen Teilen der Bevölkerung und gerade auch bei fast der gesamten alten sozialen und politischen Elite, die die offizielle politische Kultur des Kaiserreiches repräsentiert hatte, die Legitimation entzog.

Bereits vor dem Durchbruch der NSDAP zur Massenpartei bei den Reichstagswahlen vom September 1930 und Juli 1932 wurde der zur parlamentarischen Regierungsbildung unfähige Reichstag aufgrund der Ernennung von Präsidialkabinetten durch Reichspräsident Hindenburg und die Regierung mit exekutiven Notverordnungen an den Rand des politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses gedrängt, ehe er nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933 praktisch abdankte. Die entscheidende Sitzung fand aber nicht mehr im Reichstag, der durch einen von den Nationalsozialisten rigoros zur Festigung ihrer Macht ausgenützten Brand vom 27. Februar weitgehend zerstört worden war, sondern gegenüber in der Krolloper statt. Hitler selbst hat im Reichstag, den er als Symbol des von ihm verachteten und scharf abgelehnten Parlamentarismus ansah, nie gesprochen.

Der Reichstag aber blieb mit der deutschen Geschichte eng verbunden. 1945 wurde die Hissung der roten Fahne durch einen sowjetischen Soldaten auf der ausgebrannten Kuppel des Reichstages, die auf einem berühmten Photo nachgestellt wurde, ein Symbol der deutschen Niederlage. Am 9. September 1948, mehr als zwei Monate nach dem Beginn der Berliner Blockade, wurde mit dem bewegenden Appell des Berliner Oberbürgermeisters Ernst Reuter an „die Völker der Welt“ die Tradition der großen Freiheitskundgebungen auf dem Platz der Republik vor dem Gebäude des Reichstages begründet. 1961 zog sich die Mauer nur wenige Meter von der Ostfassade des Reichstages entlang, der damit zu einem Symbol der deutschen Teilung wurde. Nach den Einheitsfeiern in der Nacht

vom 2. zum 3. Oktober 1990 vor dem Reichstagsgebäude fand am 4. Oktober 1990 die erste Sitzung des gesamtdeutschen Bundestages im Reichstag statt.

Mit dem allerdings viel zu späten Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin ist der Reichstag zum Sitz des Deutschen Bundestages geworden. Es ist zu wünschen, daß die mit der Nationalversammlung in der Paulskirche über 150 Jahre alte Tradition eines deutschen Parlamentarismus mit seinen Vorläufern in den einzelstaatlichen Landtagen in diesem Gebäude mit der großartigen, der Öffentlichkeit zugänglichen Kuppel von Sir Norman Foster mit ihrem atemberaubenden Blick über Berlin eine dauernde Heimstatt findet, und der Reichstag als Sitz der Repräsentation des deutschen Volkes endlich den ihm gebührenden zentralen Platz in der politischen Kultur unseres Landes einnimmt.

Gerhard A. Ritter

1929 in Berlin geboren.
Seit 1947 Studium der Geschichte, Philosophie, Germanistik und später Kommunikationswissenschaft und Politischen Wissenschaft zunächst in Tübingen, dann an der FU Berlin.
1952 Promotion an der FU Berlin.
1952 bis 1954 Graduate student am St. Antony's College in Oxford.
1959 Bachelor of Letters in Oxford.
Von 1952 bis 1961 Assistent am Friedrich-Meinecke-Institut in Berlin.
1961 Habilitation in Neuerer Geschichte und Politische Wissenschaften.
1962 Ordentlicher Professor für Politische Wissenschaften an der FU Berlin.
Gastprofessuren in St. Louis (USA), Oxford, Berkeley und Tel Aviv.
1964 Lehrstuhl für Neuere Geschichte in Münster.
Seit 1974 Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität in München.
1991/92 Planungsbeauftragter und Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission für den Neuaufbau der Geschichtswissenschaften und der Ethnologie der Humboldt-Universität.
1994 Emeritierung.

Gerhard A. Ritter ist Autor, Herausgeber oder Mitherausgeber von derzeit etwa 50 selbständigen Büchern und Mitherausgeber zahlreicher Publikationsreihen. Er ist Ordentliches Mitglied der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München, Honorary Fellow des St. Antony's College Oxford und Ehrendoktor der Universität Bielefeld und seit 1999 der Humboldt-Universität zu Berlin. Er ist Mitglied der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, der Kommission für die Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, der Historischen Kommission zu Berlin sowie der International Commission for the History of Representative and Parliamentary Institutions. Gerhard A. Ritter gehört dem Kuratorium der Freunde und Förderer des Leo-Baeck-Instituts Frankfurt am Main und dem Kuratorium der Friedrich-Ebert-Stiftung an.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

1 *Volker Gerhardt:* **Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität**

2 *Hasso Hofmann:* **Die versprochene Menschenwürde**

3 *Heinrich August Winkler:* **Von Weimar zu Hitler**
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

4 *Michael Borgolte:* **„Totale Geschichte“ des Mittelalters?**
Das Beispiel der Stiftungen

5 *Wilfried Nippel:* **Max Weber und die Althistorie seiner Zeit**

6 *Heinz Schilling:* **Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin – ein religionssoziologisch-entwicklungsgeschichtlicher Vergleich**

7 *Hartmut Harnisch:* **Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914**

8 *Fritz Jost:* **Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen**

9 *Erwin J. Haeberle:* **Historische Entwicklung und aktueller internationaler Stand der Sexualwissenschaft**

10 *Herbert Schnädelbach:* **Hegels Lehre von der Wahrheit**

11 *Felix Herzog:* **Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts**

12 *Hans-Peter Müller:* **Soziale Differenzierung und Individualität**
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose

13 *Thomas Raiser:* **Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der Rechtswissenschaft**

14 *Ludolf Herbst:* **Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?**
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

15 *Gert-Joachim Glaeßner:* **Demokratie nach dem Ende des Kommunismus**

16 *Arndt Sorge:* **Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland**

17 *Achim Leube:* **Semnonen, Burgunden, Alamannen**
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte

18 *Klaus-Peter Johne:* **Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat**
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung

19 *Volker Gerhardt*: **Die Politik und das Leben**

20 *Clemens Wurm:* **Großbritannien, Frankreich und die westeuropäische Integration**

21 *Jürgen Kunze:* **Verbfeldstrukturen**

22 *Winfried Schich:* **Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter: Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen**

23 *Herfried Münkler:* **Zivilgesellschaft und Bürgertugend**
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung?

24 *Hildegard Maria Nickel:* **Geschlechterverhältnis in der Wende**
Individualisierung versus Solidarisierung?

25 *Christine Windbichler:* **Arbeitsrechtler und andere Laien in der Baugrube des Gesellschaftsrechts**
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung

26 *Ludmila Thomas:* **Rußland im Jahre 1900**
Die Gesellschaft vor der Revolution

27 *Wolfgang Reisig:* **Verteiltes Rechnen: Im wesentlichen das Herkömmliche oder etwas grundlegend Neues?**

28 *Ernst Osterkamp:* **Die Seele des historischen Subjekts**
Historische Portraitkunst in Friedrich Schillers „Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Regierung“

29 *Rüdiger Steinlein:* **Märchen als poetische Erziehungsform**
Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen „Kinder-und Hausmärchen“

30 *Hartmut Boockmann:* **Bürgerkirchen im späteren Mittelalter**

31 *Michael Kloepfer:* **Verfassungsgebung als Zukunftsbewältigung aus Vergangenheitserfahrung**
Zur Verfassungsgebung im vereinten Deutschland

32 *Dietrich Benner:* **Über die Aufgaben der Pädagogik nach dem Ende der DDR**

33 *Heinz-Elmar Tenorth:* **„Reformpädagogik“**
Erneuter Versuch, ein erstaunliches Phänomen zu verstehen

34 *Jürgen K. Schriewer:* **Welt-System und Interrelations-Gefüge**
Die Internationalisierung der Pädagogik als Problem
Vergleichender Erziehungswissenschaft

35 *Friedrich Maier:* **„Das Staatsschiff“ auf der Fahrt von Griechenland über Rom nach Europa**
Zu einer Metapher als Bildungsgegenstand in Text und Bild

36 *Michael Daxner:* **Alma Mater Restituta oder Eine Universität für die Hauptstadt**

37 *Konrad H. Jarausch:* **Die Vertreibung der jüdischen Studenten und Professoren von der Berliner Universität unter dem NS-Regime**

38 *Detlef Krauß:* **Schuld im Strafrecht**
Zurechnung der Tat oder Abrechnung mit dem Täter?

39 *Herbert Kitschelt:* **Rationale Verfassungswahl?**
Zum Design von Regierungssystemen in neuen Konkurrenzdemokratien

40 *Werner Röcke:* **Liebe und Melancholie**
Formen sozialer Kommunikation in der ‘Historie von Florio und Blanscheflur’

41 *Hubert Markl:* **Wohin geht die Biologie?**

42 *Hans Bertram:* **Die Stadt, das Individuum und das Verschwinden der Familie**

43 *Dieter Segert:* **Diktatur und Demokratie in Osteuropa im 20. Jahrhundert**

44 *Klaus R. Scherpe:* **Beschreiben, nicht Erzählen!**
Beispiele zu einer ästhetischen Opposition: Von Döblin und Musil bis zu Darstellungen des Holocaust

45 *Bernd Wegener:* **Soziale Gerechtigkeitsforschung: Normativ oder deskriptiv?**

46 *Horst Wenzel*: **Hören und Sehen – Schrift und Bild**
Zur mittelalterlichen Vorgeschichte audiovisueller Medien

47 *Hans-Peter Schwintowski:* **Verteilungsdefizite durch Recht auf globalisierten Märkten**
Grundstrukturen einer Nutzentheorie des Rechts

48 *Helmut Wiesenthal:* **Die Krise holistischer Politikansätze und das Projekt der gesteuerten Systemtransformation**

49 *Rainer Dietrich:* **Wahrscheinlich regelhaft. Gedanken zur Natur der inneren Sprachverarbeitung**

50 *Bernd Henningsen:* **Der Norden: Eine Erfindung**
Das europäische Projekt einer regionalen Identität

51 *Michael C. Burda:* **Ist das Maß halb leer, halb voll oder einfach voll?**
Die volkswirtschaftlichen Perspektiven der neuen Bundesländer

52 *Volker Neumann:* **Menschenwürde und Existenzminimum**

53 *Wolfgang Iser:* **Das Großbritannien-Zentrum in kulturwissenschaftlicher Sicht**
Vortrag anläßlich der Eröffnung des Großbritannien-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin

54 *Ulrich Battis:* **Demokratie als Bauherrin**

55 *Johannes Hager:* **Grundrechte im Privatrecht**

56 *Johannes Christes:* **Cicero und der römische Humanismus**

57 *Wolfgang Hardtwig:* **Vom Elitebewußtsein zur Massenbewegung – Frühformen des Nationalismus in Deutschland 1500 – 1840**

58 *Elard Klewitz:* **Sachunterricht zwischen Wissenschaftsorientierung und Kindbezug**

59 *Renate Valtin:* **Die Welt mit den Augen der Kinder betrachten**
Der Beitrag der Entwicklungstheorie Piagets zur Grundschulpädagogik

60 *Gerhard Werle:* **Ohne Wahrheit keine Versöhnung!**
Der südafrikanische Rechtsstaat und die Apartheid-Vergangenheit

61 *Bernhard Schlink:* **Rechtsstaat und revolutionäre Gerechtigkeit. Vergangenheit als Zumutung?** (Zwei Vorlesungen)

62 *Wiltrud Gieseke:* **Erfahrungen als behindernde und fördernde Momente im Lernprozeß Erwachsener**

63 *Alexander Demandt:* **Ranke unter den Weltweisen;**
Wolfgang Hardtwig: **Die Geschichtserfahrung der Moderne und die Ästhetisierung der Geschichtsschreibung: Leopold von Ranke**
(Zwei Vorträge anläßlich der 200. Wiederkehr des Geburtstages Leopold von Rankes)

64 *Axel Flessner:* **Deutsche Juristenausbildung**
Die kleine Reform und die europäische Perspektive

65 *Peter Brockmeier:* ***Seul dans mon lit glacé*** **– Samuel Becketts Erzählungen vom Unbehagen in der Kultur**

66 *Hartmut Böhme:* **Das Licht als Medium der Kunst.** Über Erfahrungsarmut und ästhetisches Gegenlicht in der technischen Zivilisation

67 *Sieglind Ellger-Rüttgardt:* **Berliner Rehabilitationspädagogik: Eine pädagogische Disziplin auf der Suche nach neuer Identität**

68 *Christoph G. Paulus:* **Rechtsgeschichtliche und rechtsvergleichende Betrachtungen im Zusammenhang mit der Beweisvereitelung**

69 *Eberhard Schwark:* **Wirtschaftsordnung und Sozialstaatsprinzip**

70 *Rosemarie Will:* **Eigentumstransformation unter dem Grundgesetz**

71 *Achim Leschinsky:* **Freie Schulwahl und staatliche Steuerung**
Neue Regelungen des Übergangs an weiterführende Schulen

72 *Harry Dettenborn:* **Hang und Zwang zur sozialkognitiven Komplexitätsreduzierung: Ein Aspekt moralischer Urteilsprozesse bei Kindern und Jugendlichen**

73 *Inge Frohburg:* **Blickrichtung Psychotherapie: Potenzen – Realitäten – Folgerungen**

74 *Johann Adrian:* **Patentrecht im Spannungsfeld von Innovationsschutz und Allgemeininteresse**

75 *Monika Doherty:* **Verständigung trotz allem. Probleme aus und mit der Wissenschaft vom Übersetzen**

76 *Jürgen van Buer:* **Pädagogische Freiheit, pädagogische Freiräume und berufliche Situation von Lehrern an Wirtschaftsschulen in den neuen Bundesländern**

77 *Flora Veit-Wild:* **Karneval und Kakerlaken**
Postkolonialismus in der afrikanischen Literatur

78 *Jürgen Diederich:* **Was lernt man, wenn man nicht lernt? Etwas Didaktik „jenseits von Gut und Böse“ (Nietzsche)**

79 *Wolf Krötke:* **Was ist ‘wirklich’?**
Der notwendige Beitrag der Theologie zum Wirklichkeitsverständnis unserer Zeit

80 *Matthias Jerusalem:* **Die Entwicklung von Selbstkonzepten und ihre Bedeutung für Motivationsprozesse im Lern- und Leistungsbereich**

81 *Dieter Klein:* **Globalisierung und Fragen an die Sozialwissenschaften: Richtungsbestimmter Handlungszwang oder Anstoß zu einschneidendem Wandel ?**

82 *Barbara Kunzmann-Müller:* **Typologisch relevante Variation in der Slavia**

83 *Michael Parmentier:* **Sehen Sehen.** Ein bildungstheoretischer Versuch über Chardins 'L'enfant au toton'

84 *Engelbert Plassmann:* **Bibliotheksgeschichte und Verfassungsgeschichte**

85 *Ruth Tesmar:* **Das dritte Auge.** Imagination und Einsicht

86 *Ortfried Schäffter:* **Perspektiven erwachsenenpädagogischer Organisationsforschung**

87 *Kurt-Victor Selge; Reimer Hansen; Christof Gestrich:* **Philipp Melanchthon 1497 – 1997**

88 *Karla Horstmann-Hegel:* **Integrativer Sachunterricht – Möglichkeiten und Grenzen**

89 *Karin Hirdina:* **Belichten – Beleuchten – Erhellen.** Licht in den zwanziger Jahren

90 *Marion Bergk:* **Schreibinteraktionen: Verändertes Sprachlernen in der Grundschule**

91 *Christina von Braun:* **Architektur der Denkräume**
James E. Young: **Daniel Libeskind's Jewish Museum in Berlin: The Uncanny Art of Memorial Architecture**
Daniel Libeskind: **Beyond the Wall**
Drei Vorträge

92 *Christina von Braun:* **Warum Gender-Studies?**

93 *Ernst Vogt, Axel Horstmann:* **August Boeckh (1785 – 1867). Leben und Werk**
Zwei Vorträge

94 *Engelbert Plassmann:* **Eine „Reichsbibliothek"?**

95 *Renate Reschke:* **Die Asymmetrie des Ästhetischen**
Asymmetrie als Denkfigur historisch-ästhetischer Dimension

96 *Günter de Bruyn:* **Altersbetrachtungen über den alten Fontane**
Festvortrag anläßlich der Verleihung der Ehrendoktorwürde

97 *Detlef Krauß:* **Gift im Strafrecht**

98 *Wolfgang Thierse, Renate Reschke, Achim Trebeß, Claudia Salchow:* **Das Wolfgang-Heise-Archiv.**
Plädoyers für seine Zukunft

99 *Elke Lehnert, Annette Vogt, Ulla Ruschhaupt, Marianne Kriszio:*
Frauen an der Humboldt-Universität 1908 – 1998
Vier Vorträge

100 *Bernhard Schlink:* **Evaluierte Freiheit?**
Zu den Bemühungen um eine Verbesserung der wissenschaftlichen Lehre

101 *Heinz Ohme:* **Das Kosovo und die Serbische Orthodoxe Kirche**